ıage des NSG.-Wien
hrichten aus
Verwaltung
der
tadt Wien

Rathaus Korrespondenz

Verantwortlich für den Gesamtinhalt:
Gaupressesamtsleiter
Ernst Handschmann

Verantwtl. Schriftleiter:
Hans Mücke / Wien, 1.,
Rathaus / fernr. A 28.500
Klappen 002, 263, 069

AUSGEG. VOM GAUPRESSEAMT IN VERBINDG. MIT DEM HAUPTVERWALTUNGS- U. ORGANISATIONSAMT D. STADT WIEN.

Der Haushaltsplan der Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien für das Rechnungsjahr 1941.

Wiens Haushalt auch im Kriegsjahr 1941 ausgeglichen.

In der 11. Ratsherrensitzung vom 11. Juli 1941 wurde von Bürgermeister Ph.W. Jung der Haushaltsplan der Gemeindeverwaltung des Reichsgaues Wien für das Jahr 1941 nach den Bestimmungen der Deutschen Gemeindeordnung den Ratsherren in nicht öffentlicher Sitzung zur Beratung vorgelegt. Der Wiener Stadtkämmerer Dr. Kurt Hanke berichtete über die vorgelegte Haushaltsatzung und führte in seinen interessanten Darlegungen und Vergleichsziehungen unter anderem die Grundsätze und Richtlinien aus, die für den Haushaltsplan und damit für die Wirtschaftsführung der Stadt Wien im allgemeinen und unter den kriegsbedingten Verhältnissen im besonderen bestimmend sind.

Es konnte die erfreuliche Tatsache betont werden, daß die Finanzwirtschaft der Gemeindeverwaltung im Rechnungsjahr 1941 trotz der tiefgreifenden Kriegseinflüsse vollkommen geordnet und der vorliegende Haushaltsplan ausgeglichen ist. Es bestand sogar die Möglichkeit, im ordentlichen und im außerordentlichen Haushalt bei verschiedenen Verwaltungszweigen und Aufgabengebieten

beträchtlich über die Ansätze des vorjährigen Haushaltsplanes hinauszugehen.

Die Steigerung des Aufwandes für den ordentlichen Haushalt steht einerseits im Zusammenhang mit den erhöhten Ausgaben aus den Besonderheiten der Kriegsmaßnahmen, wie für den Familienunterhalt, für Ersatzpersonal an Stelle der zum Wehrdienst eingezogenen Beamten und Angestellten, soweit ein Ersatz unvermeidlich ist, andererseits aber auch damit, daß trotz des Krieges die Zielsetzung der Gemeindeverwaltung im Aufbau unserer Stadt nicht aus dem Auge verloren werden soll. Der grundlegende Wandel der Auffassung von den Aufgaben der nationalsozialistischen Verwaltung kommt auch in den nüchternen Ziffern dieses Haushaltsplanes klar zum Ausdruck. Nicht durch eine Einschränkung der Ausgaben ohne Rücksicht auf die Wirtschaft, sondern durch planmäßige Sparsamkeit am richtigen Orte werden Mittel dort freigestellt, wo sie der Volksgemeinschaft und dem Aufbau am zweckmäßigsten dienen. Der wirtschaftliche Aufschwung, das Schwinden der Arbeitslosigkeit und damit die günstigere Entwicklung der Steuereinkünfte ,ermöglichen es im Verein mit der Beihilfe des Reiches auch während des Krieges wertvolle Aufbauarbeit zu leisten, die Eingliederung Wiens in den großdeutschen Wirtschaftskreis fortzusetzen, die Voraussetzungen für die künftige politische und wirtschaftliche Stellung unserer Stadt als Ausfallstor nach dem Osten zu schaffen, aber darüber hinaus auch unserer historischen Aufgabe auf kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet gerecht zu werden und Wien nach langen Jahren des Niederganges wieder zu einem Mittelpunkt geistigen, wissenschaftlichen und musischen Schaffens zu machen. Daß die Notwendigkeiten und Erfordernisse des Krieges den geplanten Aufbau nicht im beabsichtigten Ausmaß zulassen, ist selbstverständlich. Die Gemeindeverwaltung mußte daher eine Reihe von Vorhaben zurückstellen, trachtet aber auch in diesen Fällen, jene Vorbereitungen zu treffen, die nach Beendigung des Krieges ein volles Einsetzen des Aufbaues mit nationalsozialistischer Tatkraft ermöglichen.

Die verantwortungsbewußte Haushaltsplanung, die nicht auf Effekthascherei, wie sie früher so beliebt war, abzielt, sondern auf allen Gebieten der Gemeindeverwaltung das weit umrissene Ziel der kulturellen und wirtschaftlichen Erneuerung verfolgt, sei nur

in kurzen Zügen herausgestellt.

Der Geburtenzuwachs seit dem Umbruch wird es mit sich bringen, daß im Schuljahr 1945/46 mehr als doppelt soviel Kinder mit dem Schulbesuch beginnen als heute. Die rechtzeitige Vorsorge für die nötige Anzahl von Schulen ist daher unter besonderer Bedachtnahme auf die Erschließung der Siedlungsgebiete und Industriegelände geboten. Es soll mit dem Neubau von Schulen in Aspern, Fischamend und in der Holzwebersiedlung begonnen werden. Leider ist es nicht möglich, bei den so lange vernachlässigten 245 Schulen des früheren Stadtgebietes und bei den 98 durch die Schaffung Groß-Wiens zugewachsenen Schulgebäuden, die zum Teil nur auf das dürftigste ausgestattet sind, die erforderlichen Aufholungsarbeiten im gewünschten Ausmaß durchzuführen. Gerade die eingemeindeten Gebiete bedürfen einer weitgehenden Ausgestaltung, für die auch umfassende Planungen vorliegen, wie zum Beispiel die Verbesserung der Verkehrsverbindungen, die Aufschließung des verbauten Geländes für die Wasserversorgung und Entwässerung, die Errichtung von Amtshäusern, die Instandsetzung der zahlreichen Brücken usw.. Wenn derzeit einer großzügigen Neugestaltung Grenzen gesetzt sind, so soll doch durch Beschaffung geländegängiger Wagen für den Krankentransport, durch Kraftwagen für den Entseuchungsbetrieb, durch Einrichtungen des Straßenpflegebetriebes und durch Ausgestaltungen der Feuerschutzpolizei den Erfordernissen Neu-Wiens auf den notwendigsten Gebieten Rechnung getragen werden.

Weitgehend vorgesorgt wurde für die Kultur- und Gemeinschaftspflege. Die Mittel für die Zuwendungen und Förderungsbeiträge des städtischen Kulturamtes wurden beträchtlich erhöht, ob es sich nun um die Begabtenförderung auf kulturellem Gebiete, insbesonders jenem der Musikerziehung, um die Kunstförderung, um das städtische Archiv, die städtische Bibliothek und die städtischen Sammlungen, um die städtische Volksoper, die Wiener Frauenakademie, die städtischen Büchereien handelt, oder um die Stadt- und Ortsbildpflege, um die Betreuung der städtischen Denkmäler, die Mithilfe an der Instandsetzung des Stefansdoms und der Votivkirche. Auch mit der würdigen Ausgestaltung des Grabdenkmales des ersten deutschen Reichsmarschalls, des Prinzen Eugen, im Stefansdom soll

begonnen werden.

Im Bereich der Volksgesundheit und Volkswohlfahrt brachte die Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse und das Schwinden der Arbeitslosigkeit eine Entlastung bei der offenen Fürsorge mit sich. Der Gesamtaufwand für Bar- und Sachleistungen konnte niedriger angesetzt werden, obwohl die Durchschnittssätze der Dauerunterstützungen für Erwachsene im Dezember des abgelaufenen Jahres gegenüber dem Dezember 1937 eine Erhöhung um rund 70 v.H., jene der Pflegebeiträge für Kinder im gleichen Vergleichszeitraum eine Erhöhung um nahezu 80 v.H. erfuhren und damit den Beweis einer wirksamen Fürsorge erbringen. Eine grundlegende Umgestaltung beinhaltet die Wohlfahrtskrankenpflege, die an Stelle der Armenärzte zur freien Ärztewahl überging und die bisher nur privat betriebene Hauskrankenpflege in die Fürsorge einbezieht. Den Bestrebungen der NSV wird tatkräftigst in allen Befürsorgungsaufgaben beigesprungen, die sich mit jenen der Gemeindeverwaltung ergänzen. Zu den Zuschüssen für den Betrieb des Durchzugsheimes, für die Heilverschickung, für die Kindertagesstätten usw., zur Beistellung von Räumlichkeiten in den städtischen Wohnhäusern kommen noch die Bauraten der Schweinemastanstalten für das Ernährungshilfswerk der NSV im außerordentlichen Haushaltsplan, und zwar 350.000 RM als Restzahlung für die erste Schweinemastanstalt in Hetzendorf und 2,000.000 RM als erste Baurate für eine zweite Schweinemastanstalt, die in Breitenlee errichtet werden soll. Im Zuge der Neugestaltung des Gesundheitswesens sollen zu den bereits fertiggestellten 8 städtischen Gesundheitsämtern im Haushaltsjahr 1941 4 weitere errichtet werden und der Ausbau des Hauptgebäudes des Amtes für Volksgesundheit und Volkswohlfahrt erfolgen. Neu vorgesehen sind unter anderem die Mittel zur Gewährleistung eines Mindesteinkommens für Hebammen und zur Hebammennachschulung, bedeutend erhöht jene zur wirksamen Bekämpfung der Tuberkulose. Die Tuberkulosenfürsorge soll zentralisiert und durch Einführung röntgenologischer Reihenuntersuchungen auf eine erweiterte Grundlage gestellt werden. Dies hat insbesonders eine Ausgestaltung der Tbc-Fürsorgestellen mit Röntgenapparaten zur Voraussetzung.

Die 9 Altersheime, 17 Jugendfürsorgeanstalten, 27 Krankenanstalten, 2 Heil- und Pflegeanstalten und 5 Tbc-Heilstätten, die

zusammen ohne Not- und Hilfsspitäler einen Belagraum von über 30.000 Betten erreichen, erfordern im ordentlichen Haushaltsplan nahezu 80 Millionen Reichsmark und damit gegenüber dem Vorjahr einen Mehraufwand von mehr als 10'5 Millionen Reichsmark. Namhafte Beträge dienen hier größeren Ausgestaltungen, um die Anstalten, insbesondere auch die Spitäler, den neuzeitlichen Anforderungen an großstädtische Einrichtungen anzupassen. So sollen 750.000 RM allein für die Erneuerung der Röntgenanlagen aufgewendet werden, die in den meisten städtischen und von der Gemeindeverwaltung übernommenen Krankenanstalten nicht mehr dem heutigen Stand der Röntgentechnik entsprechen und nicht jene Leistungsfähigkeit aufweisen, die von großstädtischen Einrichtungen für diagnostische und therapeutische Zwecke verlangt werden. 2'3 Millionen sind als erste Baurate für die Errichtung eines Pflegerinnenheimes mit 300 Betten vorgesehen. Dazu kommen im Krankenhaus Lainz die Errichtung von Operationssälen und eines chemischen Laboratoriums mit der besonderen Aufgabe der Krebsforschung, ferner Ausgestaltungen im Krankenhaus Mödling, in der Allgemeinen Poliklinik, in der Städtischen Fürsorgeklinik usw.. In der letzteren und im Kinderkrankenhaus Favoriten ist außerdem die Errichtung einer Schule für Säuglings- und Kleinkinderpflegerinnen, im Robert Koch-Krankenhaus die Errichtung einer Krankenpflegeschule vorgesehen. Der außerordentliche Haushaltsplan enthält 650.000 RM für die Errichtung einer Hebammenlehranstalt und 100.000 RM für den Bau eines Lehrlingsheimes.

Auch der Jugendertüchtigung wurde weitgehend gedacht. Bedeutende Mittel wurden für Subventionen und Ehrenpreise, für Sportplätze, für Hochschul- und Fachschulstipendien, für die Begabtenförderung, für Schulgeld- und Studienbeihilfen, für Stiftungsplätze in Schülerheimen u.dgl. bereitgestellt. Dazu kommen die Zuschüsse für HJ und BDM, die zum Teil wesentliche Erhöhungen erfuhren, und im außerordentlichen Haushaltsplan Mittel für die Errichtung von HJ-Heimen im Rahmen der gegenwärtigen Möglichkeiten.

Im Bereich des Bauwesens wurde auf die großzügige Neugestaltung der Stadt Wien, wie sie im Aufbauprogramm vorgesehen ist, Bedacht genommen und für die Vorbereitungen, insbesondere Planungen, Geländeaufnahmen usw., soweit sie auch während des Krieges durch-

führbar sind, durch entsprechende Sicherstellung der Mittel vorgesorgt. Für die Erhaltung, die Erneuerung und den Umbau von Straßen wurden die Ansätze gegenüber dem Vorjahr erhöht.

Auch für den Anlauf des Wohnungsbaues sind im außerordentlichen Haushalt große Mittel sichergestellt. Zur Förderung der Siedlungs- und Kleingartenbewegung sind erstmalig Beiträge für die Grabelandaktion, Instandsetzungskosten für die gemeindeeigenen Siedlungshäuser und Fertigstellungskredite für Siedler auf Eigengrund, ferner für den Bau von Siedlungen rund 2'3 Millionen Reichsmark vorgesehen. Für die Wirtschaftsförderung wurden gleichfalls erhöhte Mittel in Aussicht genommen.

Sofort nach dem Anschluß der Ostmark wurde an die Planungen geschritten, die für Wien die Voraussetzungen schaffen sollen, seiner Aufgabe als Umschlagplatz nach dem Südosten gerecht zu werden. Für die Errichtung der Hafenanlagen Lobau und Albern hatte die Stadt Wien die erforderlichen Grundflächen zur Verfügung gestellt und die Aufschließungsarbeiten übernommen. Für die Fortführung dieser Aufschließungsarbeiten ist im Haushaltsplan 1941 ebenso vorgesorgt wie für die Fertigstellung der 2 Speicher im Alberner Hafen und für die Errichtung der erforderlichen Nebengebäude. Weitere Mittel sollen der Fertigstellung des Kühllagerhauses in St. Marx dienen. Auch die Errichtung eines Auslandschlachthofes hofft die Stadtverwaltung in diesem Jahre in Angriff nehmen zu können.

Die Liegenschaftsverwaltung sieht namhafte Ansätze für Grunderwerbungen vor, die eine Vorbedingung für das neue Wohnbauprogramm, für die Inangriffnahme der kommenden großen städtebaulichen Aufgaben sowie für die Ausdehnung des Wald- und Wiesengürtels darstellen. Beträge für Grundkäufe sind auch bei der Friedhofsverwaltung und bei der Wasserversorgung sichergestellt. Die Grunderwerbungen dieses Betriebes sollen nebst der Erschließung neuer Quellen hauptsächlich die Rein- und Keimfreierhaltung des Wiener Hochquellenwassers gewährleisten.

Schon diese kurzen Hinweise aus der Fülle des Aufgabengebietes der Wiener Gemeindeverwaltung zeigen den grundlegenden Wandel nationalsozialistischer Auffassung in der öffentlichen Verwaltung gegenüber der Wiener städtischen Finanzpolitik der verflossenen Regime nach dem Weltkrieg. Ernste, der Volksgemeinschaft verant-

wortliche Wirtschaftsführung kennzeichnet auch diesen in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Haushaltsplan, der zielbewußt selbst in den Tagen des Existenzkampfes des ganzen deutschen Volkes die großen Aufgaben der wirtschaftlichen und kulturellen Erneuerung nicht bei Seite läßt und Vorsorge trifft, nach Beendigung des Krieges die gesamte finanzielle Kraft unserer Stadt ungesäumt dem Aufbau zuzuführen.

oooOooo

Jahresrechnung für das Rechnungsjahr 1939.

In der gleichen Ratsherrensitzung lag den Ratsherren auch die Jahresrechnung für das Rechnungsjahr 1939, das ist für die Zeit vom 1. April 1939 bis 31. März 1940 mit dem Schlußbericht des Rechnungsprüfungsamtes zur Beratung vor, über die gleichfalls Stadtkämmerer Dr. Hanke den Bericht erstattete.

Das Gesamtergebnis des Rechnungsjahres 1939 stellt sich gegenüber dem Voranschlag wesentlich günstiger dar. Während die Einnahmen eine Steigerung zeigen, blieben die Ausgaben unter der Voranschlagsannahme zurück. Der Grund der Einnahmenerhöhung liegt einerseits darin, daß die Veranschlagung der neuen Steuern vielfach auf Schätzungen beruhte, andererseits aber auch, daß der wirtschaftliche Aufschwung zur Auswirkung kam. Wenn sich auch bei den Ausgaben ein anscheinend günstiges Bild ergibt, so liegt dies in den besonderen Verhältnissen des Rechnungsjahres und ist finanzwirtschaftlich keineswegs als Vorteil zu werten. Die zu Beginn des Rechnungsjahres 1939 entstandene Sudetenlandkrise machte sich in der Ausgabenwirtschaft der Gemeindeverwaltung durch Lieferungsschwierigkeiten und Verzögerungen in der Bauführung alsbald fühlbar. Dazu kam die Verknappung des Arbeitsmarktes und der Ausbruch des Krieges in der zweiten Hälfte des Rechnungsjahres, die es nicht ermöglichten, die Vorhaben im vorgesehenen Umfang durchzuführen. Die ausgewiesenen Minderausgaben dieses Jahres sind daher nicht als Einsparungen zu werten, sondern als eine Aufstauung rückgestellter Aufgaben, deren Durchführung sich früher oder später umso dringlicher und nachhaltiger erweisen wird. Die Rücklegung der erzielten Überschüsse erscheint

daher als Gebot einer verantwortungsvollen Finanzwirtschaft und entspricht im übrigen auch den Anforderungen der Rücklagenverordnung, deren Wirksamkeit mit 1. April 1940 auf die Ostmark erstreckt wurde.

oooOooo